

Deutsche Holzarbeiter.

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluss
Dienstag Mittag. — Zu beziehen durch alle
Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das
Organ gratis.

Redaktion und Expedition: Köln am Rhein,
Palmstraße 14. — Fernsprecher Nr. 7605. —
Inserate kosten die viergespaltene Petitzeile
30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen
der Zahlstellen kosten die Hälfte.

Die Jahresbilanz.

Nachdem die Abrechnung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands für das IV. Quartal 1907 erschienen, ist es möglich, ein Bild über die Finanzwirtschaft des Verbandes im Jahre 1907 zu geben. Da ist zunächst festzustellen, daß sich die Einnahmen des Verbandes gegen das Vorjahr um 82 000 M. gehoben haben. Einschließlich des Kassenbestandes betragen dieselben 428 665,11 M. Trotzdem die Ausgaben bedeutend größer waren wie je zuvor, stieg das Verbandsvermögen um 55 000 M. auf 184 368,85 M. Die Einnahmen des Verbandes sind in Wirklichkeit noch um einige tausend Mark viel angegeben höher, da Extrabeiträge und sonstige gelegentliche Einnahmen der Zahlstellen in der Abrechnung nicht erscheinen.

Vermehrte Einnahmen waren aber auch notwendig, sollte es dem Verbandsverbande möglich sein, die der Kollegenchaft aufgezwungenen Lohnkämpfe durchzuführen zu können. Einschließlich einiger tausend Mark, die aus den Lokalkassen gezahlt wurden, beläuft sich die Ausgabe des Verbandes zur Durchführung von Lohnkämpfen und zur Unterstützung gemäßigter Mitglieder auf 113 045,56 M., gegen das Vorjahr ein mehr von 52 000 M. An dieser Summe ist die Notwendigkeit angemessener Beiträge unschwer zu erkennen. Die großen Kämpfe der Zukunft werden dieses noch mehr beweisen.

An arbeitslose und auf der Reise befindliche Mitglieder wurden 14946,14 M. an Unterstützung verausgabt. Die ~~Umzugs-~~Unterstützung ist in den Ausgaben mit 2 258,00 M. verzeichnet, die Unterstützung an erkrankte Mitglieder mit 12 521,05 M. Sterbegeld wurde in Höhe von 1575 M. gewährt; der Rechtsschutz erforderte eine Summe von 1 106,57 M. Für Bildungszwecke (Organ, Bibliotheken) wurden 19 129,52 M. verausgabt.

So zeigt sich an den Zahlen ein Bild reger gewerkschaftlicher Arbeit. Voll Vertrauen auf ihre eigene Kraft, werden die christlichen Holzarbeiter, ihr unter vielen Mühen geschaffenes Werk weiter führen. Ein Vergleich zwischen den Jahren 1899 und 1907 zeigt ihnen, daß ihre Tätigkeit keine fruchtlose war. Vieles ist erreicht, noch Größeres muß erreicht werden. An die Arbeit!



Die Krise im deutschen Baugewerbe.

Noch trennen uns wenige Tage von dem „kritischen Tag erster Ordnung“, dem 1. April, an dem sich entscheiden wird, ob im deutschen Baugewerbe der Friede herrschen oder der Krieg ausbrechen soll. Wohin die Schale sich neigen wird, ist heute noch nicht zu sagen. Beide Parteien, Arbeiter und Arbeitgeber, die sich in machtvollen, über das ganze Reich sich erstreckenden Verbänden gegenüberstehen, beteuern, daß sie den Frieden wünschen, aber noch ist kein Weg zum Ziel gefunden. Zwar finden hier und da örtliche Verhandlungen statt, aber sie haben bisher kaum irgendwelche Erfolge aufzuweisen. In einigen Städten ist der offene Kampf schon ausgebrochen, anderswo droht er selbst noch vor dem Ablauf des März zu beginnen, verschärft wird die Stimmung durch angekündigte Aussperrungen wegen Demonstrationen am 18. März. Die großen Zentralorganisationen sind eifrig bemüht, durch Rundgebungen in der Presse die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Anscheinend treten beide Parteien geschlossen auf; doch verlautet gerüchtwaise, daß manche Gruppen von Arbeitgebern hier und da mit dem Vorgehen der Leitung des Arbeitgeberbundes ebensowenig einverstanden wären, wenn sie sich auch äußerlich fügen, wie auch bei den organisierten Maurern, Zimmerern und Hilfsarbeitern die Sorge um die Wirtungen eines Kampfes in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges von Tag zu Tag wachse.

Seinen Standpunkt vertritt der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe durch eine Einwendung an die Presse, in der er sich gegen die Behauptung der Arbeiterpresse verwahrt, er wolle die Gewerkschaften zur Annahme eines für sie ganz unannehmbaren Tarifvertrages zwingen und, für den Fall seiner Ablehnung, umfangreiche Aussperrungen veranlassen in der Absicht, die Gewerkschaften zu zerstören: Nichts aber liege ihm ferner. Zunächst handle es sich gar nicht um einen Tarifvertrag, sondern um ein Vertragsmuster, in dem nur bestimmte einheitliche Grundsätze festgelegt seien, die meist schon in früheren Tarifverträgen enthalten waren. Alle die Regelung der besonderen örtlichen Verhältnisse betreffenden Fragen, insbesondere über Lohn- und Arbeitszeit, bleiben nach wie vor der Vereinbarung der lokalen vertrags-schließenden Parteien überlassen. Daß das Vertragsmuster

ohne Hinzuziehung der gewerkschaftlichen Zentralleitungen aufgestellt worden, sei erfolgt, weil anders ein solches Muster überhaupt nicht zustande gekommen wäre und weil auch bisher fast nur die Lokalorganisationen für den Abschluß der Tarifverträge in Betracht kämen. Wenn die Gewerkschaften das eventuelle Nichtzustandekommen der Tarifverträge auf dies Vertragsmuster zurückzuführen suchen, so sei das nur eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Bestimmend für ihr Verhalten seien vielmehr lediglich taktische Gründe, die sie veranlassen, in Rücksicht auf die ungünstige Konjunktur im Baugewerbe ihre Programmforderung des achtstündigen Arbeitstages und ihr Streben nach stetiger Lohnsteigerung solange anzuhängen und von bindenden Tarifabschlüssen Abstand zu nehmen, bis eine wiedereröffnende steigende Konjunktur die Aussicht biete, diese Ziele durch Streiks und Sperren zu erzwingen. Das zu verhindern, sei ein Gebot der Selbsterhaltung für das deutsche Baugewerbe. Das Rundschreiben schließt mit folgenden Worten:

„Deswegen muß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf seinem Standpunkt beharren, seine ganze Macht dafür einzusetzen, daß eine tariflose Zeit in Deutschland nicht eintritt, selbst auf die Gefahr eines Kampfes hin, wie er bisher so ausgebeutet und so schwerwiegend noch nicht geführt worden ist. Noch aber gibt er die Hoffnung nicht auf, daß die Zentralleitungen der Arbeitnehmerorganisationen sich der großen Verantwortung bewußt werden und sich nicht auf einen Widerstand gegen Tarifverträge verstoßen, den sie ehrlich nicht begründen und vertreten können.“

Dagegen wenden die Vertreter der Arbeiterorganisationen ein, daß ihr Widerstand gegen das „Vertragsmuster“ sehr triftige, sachliche Gründe habe. Denn es sei nicht bloß ein Schema für die örtliche Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern ~~enthalte~~ ~~vielmehr~~ ~~verschiedene~~ Bestimmungen, die die Lage der Arbeiter erheblich verschlechtern würden. Besonders bekämpft wird von den Arbeitern die Bestimmung des Vertragsmusters, wonach die Lohnbemessung für „tüchtige“ Arbeiter gemacht werden soll. Die Arbeiter fürchten, daß die Aufnahmen solcher Unternehmungen in den Vertrag den Arbeitgebern die Möglichkeit gewähre, die Löhne willkürlich herabzusetzen, da der Begriff „tüchtig“ sehr dehnbar sei. Ferner sei nach dem Vertragsmuster Akkordarbeit zulässig und die Leistung von Ueberstunden Pflicht der Arbeiter. Diese Bestimmungen seien aber in den meisten früheren Verträgen nicht vorhanden gewesen und würden seitens der Arbeiter bekämpft. Schließlich fürchten die Arbeiterorganisationen auch die Beschränkung der Agitationstätigkeit durch das Vertragsmuster; früher wurden die Baubuden nicht zur Arbeitsstätte gerechnet, in den Baubuden war die Agitation erlaubt, auf den Bauten dagegen nicht. Nach der jetzigen Fassung des Vertragsmusters und dem dazu vom Arbeitgeberbund gegebenen Kommentar soll aber künftig auch in den Baubuden die Agitation verboten sein. Die Arbeiter wenden sich auch deswegen besonders gegen das Vertragsmuster, weil es am Schluß die Bestimmung enthält, daß ein örtlicher Vertrag nur dann zustande kommen dürfe, wenn auch über alle übrigen Verträge im Bereich des Arbeitgeberbundes eine Verständigung erzielt sei. Außerdem hat der Bund allen örtlichen Organisationen vorgeschrieben, keine Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden und keine Lohnerhöhung zu bewilligen neben anderen Bedingungen, die von den Arbeitern als unannehmbar bezeichnet werden. Den Standpunkt der Arbeiterorganisationen zur Tariffrage hat der Zentralvorsitzende Bömelburg vom Maurerverband vor einiger Zeit auf einer Berliner Gaukonferenz dahin präzisiert: „Die Arbeiter sind gern bereit, durch den Abschluß von Verträgen den gewerblichen Frieden zu sichern; sie wollen dabei auch auf die Lage des Baumarktes Rücksicht nehmen; aber sie können keinem Tarif zustimmen, der ihnen von den Arbeitgebern aufgezungen werden soll, und an dessen grundsätzlichen Bestimmungen die Arbeiter bei den Verhandlungen keine Änderung mehr herbeiführen können.“

In München haben am 9. und 10. März Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Gerichtsrats Brenner stattgefunden, wobei die hier stützten Gegenätze nicht zum Ausgleich gelangten. Die freien und die christlichen Gewerkschaften der Bauarbeiter waren durch mehrere Führer der Zentralverbände vertreten, während die Organisation der Arbeitgeber nur ihre lokalen Führer entsandt hatten. In langen und langwierigen Debatten kamen sich die Gegner zwar in einigen Punkten näher, in allen Hauptfragen aber war ein Ausgleich nicht zu finden, so daß die endgültige Tarifbewegung schließlich bis auf weiteres vertagt werden mußte. Am 16. März begannen Verhandlungen auch im mitteldeutschen Baugewerbe, denen dann am 23. März solche im rheinisch-westfälischen Baugewerbe folgten. In Gau Bremen sind in Norden, Emden und Wilhelmshaven und im Gau Straßburg in Metz und Vörrach die Verhandlungen über den Musterarif geheitert.

Inzwischen ist in die ohnehin gefahrvolle Situation neuer Zündstoff geworfen worden durch den Beschluß des Verbandes der Baugewerbe für Berlin und Umgegend, vom 16. März an den Stundenlohn Satz von 75 auf 65 Pfg. bei neunstündiger Arbeitszeit festzusetzen, da ein großes Angebot von Arbeitern bestehe, die zu noch billigeren Löhnen arbeiten wollen; falls die Arbeiter bis zum 15. März nicht antworten, so erblicken die Arbeitgeber darin die Ablehnung von Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages. Darauf gab der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer öffentlich bekannt, dieser Beschluß der Arbeitgeber zwingt einen großen Teil der Arbeiter, „in den Abwehrkampf einzutreten“; jeder einzelne Bauhandwerker müsse den kämpfenden Kollegen die Solidarität wahren und dafür Sorge tragen, „daß niemand auf den gesperrten Bauten Arbeit nimmt.“ Auf einer Anzahl Bauten sollen auch bereits Konflikte ausgebrochen sein. Gleichwohl werden Verhandlungen angekündigt. In Berlin, Breslau, Frankfurt a. M. und zahlreichen anderen Städten haben die Arbeitgeberverbände beschlossen, jedes Feiern am 18. März mit Aussperrung für einige Tage zu beantworten.

Es wird bei dieser scharfen Zuspitzung der Gegensätze nicht leicht sein, in letzter Stunde noch einen Ausgleich zu finden. Soll der Weg zum Frieden beschritten und ein Nietenkampf, in dem sich gegen 20 000 organisierte Arbeitgeber und 300 000 Arbeiter in 120 Städten in ganz Deutschland weßlich von der Ober gegenübersehen, so ist das unersetzbar Erachtens nur möglich, wenn die leitenden Führer der beiderseitigen Zentralverbände unter der Vermittlung einer angesehenen, neutralen und sachkundigen Persönlichkeit, die das Vertrauen der Arbeitgeber und der Arbeiter genießt, zu Verhandlungen zusammenzutreten. Es gilt hier eine hohe Aufgabe zu lösen, und wir können nur wünschen, so schreibt die „Soziale Praxis“, daß der schwere Ernst der Lage die Beteiligten veranlaßt, kein Mittel unversucht zu lassen, um einen wirtschaftlichen und sozialen Kampf von unerhörtem Umfang und verhängnisvoller Wirkung für Arbeitgeber, Arbeiter und unser ganzes Volk zu vermeiden.

Im Kampfe um die Weltanschauung *).

Die moderne Arbeiterbewegung, im besonderen das gewerbliche und industrielle Proletariat ist in Bewegung. Es schläft nicht, es verhartet nicht gedanken- und tatenlos einfach im Alten, Ueberkommenen, meinent, so müsse es ewig bleiben, sondern ist in Bewegung. In geistiger Beziehung nimmt es Anteil an der Bewegung, die die gesamte Gesellschaft unserer Tage durchzieht: gegen alles bloß Ueberlieferte regt sich der Zweifel; der Drang nach mehr Wissen, nach neuen Erkenntnissen, das Suchen nach einer Weltanschauung, die den veränderten Lebensverhältnissen Rechnung trägt, bewegt die Gemüter. In wirtschaftlicher Beziehung rällos drängt die Arbeiterbewegung aufwärts nach Verbesserung und Sicherung ihrer ökonomischen Lage. In sozialer und politischer Beziehung das Proletariat arbeitet und kämpft um fortschreitende Anteilnahme an der Gesetzgebung, an der Regierung und Verwaltung des Gesamtvolkes. — Seit rund 40 Jahren, seit den Tagen, da Ferdinand Lassalle „den vierten Stand“ aufrief, sich auf sich selbst zu verlassen und sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, seitdem sehen wir die Arbeiterbewegung immer größere Kreise ziehen — eine stetig wachsende Flut —.

In drei Strömen verläuft sie; in drei nebeneinanderlaufenden, sich gelegentlich verschlingenden, doch selbständigen Strömen:

Die Gewerkschaftsbewegung, die Organisation der Lohnarbeiter nach ihren verschiedenen Gewerben, sucht als geschlossene wirtschaftliche Macht unter eigener Führung mit verschiedenen Mitteln — durch gütliche Unterhandlung oder nötigenfalls durch Streik, durch ihr Unterstützungsstellenwesen und den Abschluß korporativer Arbeitsverträge — fortschreitende Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Sicherung und Erhöhung der allgemeinen Lebenshaltung zu erringen; erstrebt die Erhebung des allgemeinen Regiments des Betriebsinhabers durch eine konstitutionelle Mitbeteiligung der Arbeiter an der Regelung der Arbeitsverhältnisse. — Die konsumgenossenschaftliche Bewegung, in Deutschland noch im Rückstand, und doch auch hier unablässig am Werk, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch Verbilligung der Waren und Gewöhnung an Barzahlung zu heben; in ihrer Gesamtheit auch eine wirtschaftliche Macht, die auf die Produktion und die Lage der in ihr beschäftigten Arbeiter Einfluß zu gewinnen vermag. — Endlich die nach außen hin am meisten hervortretende politische Bewegung, die Organisation zur Partei. Zu einer Partei, deren Abgeordnete in den gesetzgebenden

* „Im Kampfe um die Weltanschauung“. Vorträge, gehalten an Arbeiter-Diskussionsabenden (116 Seiten) von J. G. Cordes. Verlag C. F. Beck. München.

Körperschaften die Interessen der Lohnarbeiterschaft auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Lebens vertreten sollen; die bei alledem — so wenigstens in der sozialistischen Arbeiterbewegung, die uns hier allein angeht — zum Ziel hat: die Ersetzung privatkapitalistischer Wirtschaftsformen durch sozialistische, die Ueberführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, dessen Verwaltung fortschreitend demokratischere Anteilnahme des gesamten Volkes erfordert; die als Ideal hat ein brüderliches Zusammenarbeiten aller — einer für alle, alle für jeden — das Ideal des Sozialismus.

So sehe ich die deutsche Arbeiterbewegung. Im Vormarsch. Und nun — wie verhält sich grundsätzlich beides zu einander: die Idee einer Arbeiterbewegung, die auf Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der großen Masse ausgeht und strebt nach dem Ziel des Sozialismus, eines brüderlichen Zusammenarbeitens der Menschen, und die Weltanschauung, die Religion, jenes innere Leben im Hinblick zu Gott? Ich meine, sie passen ausgezeichnet zusammen. Arbeiterbewegung, Massenkampf, kann in keinem höheren Lichte stehen, als wenn man ihn ansieht als die Bewegung unzähliger Menschenseelen, die nicht nur nach Brot und Lebensgenuss, sondern darüber hinaus, bewußt oder unbewußt, nach Licht und Luft für die Entfaltung ihres Seelenlebens, für die Entwicklung froher, freier Persönlichkeit streben. Und auf der anderen Seite: für das Christentum ist es nicht gleichgültig, wie die äußeren Verhältnisse der Menschen sind. Wenn man immer wieder beobachtet, wie leicht zu lange Arbeitszeit mit Ueberstunden und Sonntagsarbeit nicht nur den Körper, sondern auch den Geist müde macht, so daß er stumpf wird und schließlich nur noch an grobhumlichen Gemütsfreude hat, — wenn man es mit ansehen muß, wie überarbeitete Frauen ausgemergelt und verbittert ihre Seele fallen lassen in den Staub, — wenn man Verständnis dafür hat, wie leicht schlechte Wohnungsverhältnisse das sittliche Leben schädigen, — wenn man eine Erfahrung darin hat, wie das Bemühen einer auskömmlichen Lage, das Gefühl dauernder Abhängigkeit von der Willkür anderer auf das ganze Geistesleben des Menschen niederdrückend wirkt, — wenn man weiß, daß eine wesentliche Besserung solcher Verhältnisse nicht von selbst kommt, auch nicht zu erwarten ist von der Gutwilligkeit der einzelnen Unternehmer, von denen ja jeder einzelne wieder der Konkurrenz ausgesetzt ist, — dann fühlt man: es ist Gottes Wille, daß die Massen sich aufraffen und das Komische, das ihnen nicht von selbst zuhelft, sich erringen im Kampf der Organisation. Dann begrüßt man als Christ die Arbeiterbewegung freudig: sie soll Raum und Luft schaffen für die Entwicklung freier Charaktere. Sie soll helfen, die Menschheit eine Stufe höher zu bringen. Christentum und Arbeiterbewegung sind nicht Gegensätze. Die ich die Dinge sehe, fördern sie einander geradezu. Die Arbeiterbewegung nahm ursprünglich christliche Gedanken in ihr Ziel auf; das Christentum braucht die Arbeiterbewegung als ein Mittel zu seiner Verwirklichung.

So stehen Christentum und Arbeiterbewegung grundsätzlich zueinander.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

In Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 13.

Scharfmacherische Inverhöflichkeit.

Die „Schlesische Zeitung“ ist ein Organ derer von „Bildung und Besitz“. Sie ist das Sprachrohr jener Scharfmacher und schließlichen Kapitalisten, die jahrelang das Volk nach allen Regeln der Kunst ausgebeutet haben, jener Kreie, die ein lebhaftes Interesse daran hegen, über ein „gutes Aussehen“ und kulturell nicht zu hoch stehendes Volk zu verfügen. Sozialpolitik ist den Herren vom Schlosse der „Schlesischen Zeitung“ der Anfang der Revolution.

Die gegenwärtige Arbeiterbewegung in deutschen Gewerkschaften gibt ihnen Anlaß über die „Moralität“ der organisierten Arbeiter hässliche Bemerkungen zu machen und die deutsche Sozialpolitik als großen Unfug zu kennzeichnen. Die „Schlesische Zeitung“ läßt sich eine Anzahl jener, die folgendermaßen aussieht:

„Die Sozialpolitik ist doch wirklich das Gebiet der unbegrenzten Möglichkeiten! Demgemäß werden ich da etwas gesehen, was ich nicht für möglich gehalten hätte. Ich komme zu einem bestimmten Bewusstsein, um Arbeiter zu bestrafen, und die Bestrafung über den Preis bringt es mit sich, daß er mit dem „Lohnvertrag“ steigt, den die Arbeitgeber im Gewerkschaften vor zwei Jahren mit den Arbeitern geschlossen haben und der demnach nicht erneuert werden soll. Wir war die Sache neu, und ich vermute, daß es viele Beier der Schlesischen Zeitung ebenso überraschen wird, was ich da als § 10 gebracht in dem Vertrage fand.“

Allgemeines.

Das Zusammenarbeiten mit anderen oder nicht zusammenarbeitenden Arbeitern auf ein und derselben Arbeitsstelle darf nicht bestraft werden.

Die Entlassung und Entlassung von Arbeitern steht im freien Ermessen des Arbeitgebers.

Jede Art Zwang auf der Arbeitsstelle ist bei jeder Art Entlassung verboten. Der Zwang ist bei der Arbeitsstelle ist anders als bei den sonstigen Personen ohne Einverständnis des Arbeitgebers nicht gestattet.

Herr Bauermeister, — sage ich, warum geht da nicht noch dabei, daß man auf dem Bauplatze nicht helfen und daß kein Arbeiter den anderen oder den Bauherrn zu helfen darf?

Wie können Sie das sagen?

Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. März 1908 fällig ist.

Die Zahlstellen Schweinfurt und Wald erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages in Höhe von 10 Pfg. (Gesamtwochenbeitr. 60 Pfg.) Die Zahlstelle Hagen i. B. erhält die Genehmigung, neben dem wöchentlichen Beitrage noch einen Extrabeitrag von 20 Pfg. auf die Dauer von sechs Wochen zu erheben.

Der fünfte ordentliche Verbandstag

wird hiermit auf Sonntag den 28. Juni nach München einberufen. Die Konstituierung erfolgt am 28. Juni abends. Für die Verhandlungen sind vorläufig 3 Tage, und zwar Montag der 29., Dienstag der 30. Juni und Mittwoch der 1. Juli vorgezogen.

Anträge zum Verbandstage müssen spätestens bis zum 24. Mai bei der Geschäftsstelle des Verbandes in Köln eingereicht sein. Die Veröffentlichung der Anträge erfolgt laut Statut 4 Wochen vor Eröffnung des Verbandstages.

Jeder Antrag ist einzeln auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben mit der Ueberschrift „Antrag zum fünften Verbandstag.“ Das Papier darf nur auf der Vorderseite beschriftet sein; die Rückseite muß also frei bleiben.

Die Einteilung der Wahlkreise für die Wahl der Delegierten geht mit der dieswöchentlichen Zeitungsendung sämtlichen Ortsverwaltungen durch ein besonderes Zirkular zu. Sollte die Zusendung für eine Zahlstelle übersehen worden sein, so möge man dies sofort bei der Geschäftsstelle in Köln melden.

Bei der Wahl der Delegierten sind folgende Bestimmungen streng zu beobachten:

1. Jeder Wahlbezirk hat das Recht, einen Delegierten zu wählen. Den Zahlstellen der einzelnen Bezirke steht es frei, sich vor der Wahl über geeignete Kandidaten zu verständigen. Von der Zentralstelle werden Vorschläge nicht gemacht. Die freigestellten Kollegen des Verbandes können selbstverständlich als Delegierte ebenfalls gewählt werden.

2. Bei der Auswahl der Kandidaten sollen die Ortsverwaltungen darauf Bedacht nehmen, daß nur tüchtige Verbandsmitglieder in Frage kommen.

3. Die Wahl der Delegierten hat in einer Mitgliederversammlung mittels Stimmzettel zu erfolgen. Vorher ist jedem Mitgliede die Tagesordnung der Versammlung bekannt zu geben, damit es sich an der Wahl beteiligen kann. Die ausgefüllten Stimmzettel sind in der Versammlung öffentlich zu verlesen. Das Resultat ist dann sofort niederzuschreiben, in der Versammlung zu verlesen und nach der Geschäftsstelle des Verbandes einzuliefern. Wer nicht in der Versammlung anwesend ist, oder wer nach Schluß des Wahlaktes erscheint, darf nicht zur Wahl zugelassen werden. Ebenso haben jene Mitglieder kein Wahlrecht, die mit ihren Beiträgen länger wie 6 Wochen im Rückstande sind. Bei Abgabe der Stimmzettel sind also die Mitgliedsbücher einzuliefern.

4. Gibt eine Zahlstelle mehr Stimmen an, als in der Wahlversammlung abgegeben wurden, so werden sämtliche abgegebenen Stimmen als ungültig nicht mitgezählt.

5. Das Wahleresultat muß bis zum 10. Mai bei der Geschäftsstelle in Köln eingetroffen sein. Hier werden die auf die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen zusammenge stellt. Gewählt ist derjenige, der mehr wie die Hälfte aller abgegebenen Stimmen des Bezirks erhalten hat. Wo kein Kandidat diese Stimmenzahl erreicht, findet Stichwahl statt. Die Stichwahlen werden nach dem 10. Mai vom Zentralvorstand angeordnet.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Zugzug ist fernzuhalten von

Holzarbeitern aller Branchen nach Lipp Springs (Russe & Jahrand), Dinklage (Ob.) Stranbing, Bürstenmacher nach Ramburg (Pfalz), Schreiner Helmstedt, Tapezierer Minben (Westfalen), Frankfurt a. M., Wiesbaden.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die sich daraus ergebende Unsicherheit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse macht es allen Kollegen, welche die Arbeitsstelle wechseln, zur Pflicht, bei der in Betracht kommenden Ortsverwaltung des Verbandes Nachfrage zu halten.

Aus den Verbandsbezirken.

Konferenz in Nürnberg.

Sonntag den 15. März fand in Nürnberg im Verkehrslokale der „Christl. Gewerkschaften, Restauration zum goldenen Schwane Theresienplatz, für den 3. Bezirk des Zentralverbandes Christl. Holzarbeiter eine Bezirkskonferenz statt. Dieselbe war von Delegierten aller angeschlossenen Zahlstellen, sowie vom Kollegen Schwarzer-München als Vertreter des Zentralvorstandes besucht. Nach erfolgter Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden erstattete derselbe Bericht über seine Tätigkeit. Derselbe bestand in der Pflege der Agitation und der Aufklärung, sowie bei Lohnbewegungen mitzuwirken. Zu diesem Behufe nahm er an vielen Versammlungen und Sitzungen teil, in denen er etwa 40 Vorträge hielt; die Korrespondenz betrug 188 Ausläufe und 119 Einläufe. — Hierauf erfolgte die Berichterstattung der Delegierten über den Stand der Zahlstellen, wo die erfreuliche Tatsache zu Tage trat, daß alle Zahlstellen in ihrer Mitgliederzahl gewachsen sind, daß eine Anzahl Zahlstellen neu gegründet werden konnten. Insbesondere ist das Korbmachergebiet für sich geschlossen worden und dadurch der Beweis erbracht, daß auch für die schlechtbezahlten Heimarbeiter die Interessenvertretung nur in der gewerkschaftlichen Organisation liegt. — Aus den Berichten ging weiter hervor, daß die Klassenverhältnisse gute sind und daß die geführten Lohnbewegungen von Erfolg für die Mitglieder begleitet waren. — In der Nachmittags-Sitzung hielt Verbandssekretär Schwarzer einen Vortrag über die gegenwärtige Lage in der Holzindustrie. Derselbe sei z. B. eine sehr gespannte, doch können wir uns auch unser Verband, der an Ansehen und Achtung überall zugenommen hat, der Zukunft ruhig ins Auge blicken. — Beim Punkt „Wahl des Bezirksvorsitzenden“ wurde Kollege L. Seeberger (Fürth) gewählt, da der bisherige Vorsitzende Kollege Bengl (Nürnberg) als Arbeitersekretär nach Rempten

„Nun, weil Sie sich hier ausdrücklich Dinge ausmachen, die als geistliches und moralisches Recht sich von selbst verstehen. Oder ist es nicht selbstverständlich, daß der Arbeitgeber engagieren kann, wen er will, und daß er auf seinem Grund und Boden oder seiner Arbeitsstätte das Hausrecht hat?“

„Weiter Herr X., Sie sind offenbar sozial rückständig, ganz in veralteten Rechtsbegriffen befangen. Wir haben es nicht mit Buchhaltern, Korrespondenten und ähnlichen Spießhähnen der Bourgeoisie zu tun, die in dem Wahne leben, daß man anständig denken und Recht und Ordnung für selbstverständlich halten muß. Bei Ihnen wäre es allerdings unerhört, wenn der Eine nicht neben dem Anderen arbeiten wollte, weil der Andere politisch anders denkt, oder wenn ein Agitator in Ihr Kontor kommen und die Leute gegen Sie aufhetzen wollte. Ihr Personal würde selbst dafür sorgen, daß ein solcher Kerl sofort hinausfliegt. Aber wir auf den Bauplätzen haben es mit „sozialpolitisch Aufgeklärten“ zu tun, die auf den wissenschaftlichen Grundrissen von Marx, Lassalle und der Gesellschaft für soziale Reform stehen. Diese Leute haben ihr eigenes Recht, das von dem der übrigen Menschheit abweicht — ein Recht, das zwar nicht geschrieben steht, aber praktisch geübt und von dem vom sogenannten sozialen Geiste Befreien theoretisch begründet wird. Deshalb müssen wir uns solche nach dem bürgerlichen Recht selbstverständliche Dinge, z. B. das Hausrecht auf dem Bauplatz, unter schweren Kämpfen immer aufs neue erringen und ausdrücklich stipulieren. Sie Herr X., halten es mit Ihrem beherzten bürgerlichen Rechtsgefühl jedenfalls auch für selbstverständlich, daß man jemanden, der z. B. einer Organisation nicht beitreten will, deshalb nicht prügeln, schimpfen und bestrafen darf. Der Arbeitgeber selbst hat sich aber bereits veranlaßt gesehen, diese Selbstverständlichkeit im § 153 der Gewerbeordnung zu kodifizieren, denn die Sozialdemokraten betrachten das Prügeln, Bestrafen und Anspucken dazu, die manchmal anders wollen, als ein unverwundliches Menschenrecht und werden darin unterstützt von einer ganzen Schar brennender Rednerwitze und deutscher Professoren. Dabei ich ausdrücklich bemerke, daß unser Kultusministerium seit Jahrzehnten sich speziell solche Leute für unsere Universitäten ansucht. Ja ja, was da in der großen Schande an der Oberlippe werden ist und jetzt noch in Berlin, Charlottenburg usw. doppelt wird, das müssen wir nicht nur mit unserem Geldbeutel, sondern auch

mit unseren Nerven entgelten. Sogar Pastoren, die sich für den „sozialen Frieden“ interessieren, tun dabei mit, und das Schlimmste ist, daß die Behörden selbst uns Schwierigkeiten bereiten, wenn wir uns zur Abwehr zusammenschließen wollen. Ich könnte da Beispiele aus Breslau selbst erzählen, sie haben damals in der Zeitung gestanden.“

„Aber wie können Sie unter solchen Umständen überhaupt noch weiter arbeiten, wenn Sie immer noch zwei Seiten Front machen müssen?“

„Nun, lange kann und wird es so nicht mehr gehen. Es wird schon die Zeit kommen, wo es heißt: Biegen oder brechen.“

Abgesehen von der Anspielung auf den von den „Genossen“ geübten Terrorismus, enthält die Zuschrift auch nicht einen Gedanken, der anderswo als in einem Scharfmachergehirn geboren werden konnte. Soziale Reformen und sozialistische Utopien sind dem schreibenden Scharfmacher ein und dasselbe. Ein modernes Arbeitsrecht hat gegenüber der früheren Diktatur der „Herren“ keine Berechtigung. Marx, Lassalle und die Gesellschaft für Sozialreform haben dasselbe Programm. Der § 153 der Gewerbeordnung ist eine Wohltat für die Arbeiter und nur zu ihrem besonderen Schutze ist derselbe geschaffen. Wohl gemerkt von der Regierung des Landes Preußen-Deutschland, welche ihre vornehmlichste Stütze in der von ihr privilegierten Arbeiterklasse findet. Die deutschen Professoren, deren Aufgabe es ist, soziales Verständnis zu wecken, sind Lehrer sozialdemokratischer Prügelpädagogik. Ihr Schirmherr ist die preussische, wohl gemerkt: die preussische Regierung. Professor Sombart lehrt als besonderes Fach: „Die Schöpfung des Geldbentels der Unternehmer und die Herrichtung der Herren der letzteren.“ Sogar Pastoren predigen den „sozialen Frieden“ durch die soziale Revolution und wiederum hilft ihnen die Regierung.

„So kann es nicht weitergehen“, jammert der geplagte Scharfmacher und findet, daß die Sozialpolitik das Gebiet der unbegrenzten Möglichkeiten ist. Gewiß, das wird jeder Einsichtige hoffen, daß es so nicht mehr lange weiter gehen kann. Nicht im Sinne der Scharfmacher aber wird sich die Wandlung vollziehen, sondern so, wie es das Wohl der Gesamtheit verlangt. Es gehört wirklich beinahe in das Reich der unbegrenzten Möglichkeiten, daß eine Arbeiterchaft, die den deutschen, für jeden Millimeter eines den Zeitverhältnissen entsprechenden Arbeitsrechtes schwere Kämpfe führen und gegen ein Scharfmachertum und die von ihm beeinflussten Kräfte

Unermüdllich

zeigt sich der tüchtige Gewerkschaftler in der Agitation; in der Gewinnung neuer Mitglieder für seine Berufsorganisation!

erufen wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm der Dank für seine eifrige Tätigkeit, sowie die besten Wünsche für die zukünftige Stellung zum Ausdruck gebracht. Die so schön und interessant verlaufene Konferenz wurde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Berichte aus den Jahrestellen.

Lohn. Am Sonntag den 18. ds. Mts. hielt die hiesige Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab. Leider auch diesmal mit demselben Resultat wie schon so oft, nämlich mit schlechtem Besuch der Kollegen. Die ganz anders könnte unsere Jahrestelle aussehen, wenn jeder einzelne Kollege die Agitation besser betriebe. Stehen doch noch sehr viele Arbeitskollegen in den einzelnen Betrieben der Organisation fern; hauptsächlich in der Holzindustrie ist dieses zu verzeichnen; leider fehlt zur Agitation einmal der Mut, ein anderes Mal das Interesse an der Sache. Um hier Besserung zu schaffen, wäre ein regelmäßiger besserer Besuch der Versammlung sehr wohl am Platze. Die nicht organisierten Kollegen würden mehr Interesse zeigen, sie würden aufmerksamer werden, ja sie würden jedenfalls auch mal mit zu den Versammlungen kommen, sie würden endlich einsehen, welchen Nutzen und welche Sicherheit sie durch die Organisation hätten gegenüber den großen Arbeitgeberorganisationen und so zu der Ueberzeugung gelangen: „auch wir müssen mit eintreten in Reich und Glub“. „Einer für alle, alle für einen“, fort mit unserer Zurückhaltung. Kollegen! Raffen wir uns endlich auf und überlassen wir nicht dem Vorstande und den Vertrauensmännern die schwere Arbeit der Agitation allein. Wir alle müssen mithelfen am Ausbau unserer Jahrestelle; regelmäßig müssen wir die Versammlungen besuchen um uns durch eine gegenseitige Aussprache und Belehrung in den Stand setzen unseren noch ferne stehenden Kollegen Zweck und Ziele der Organisation richtig erklären zu können. Wir alle müssen mitarbeiten, so daß wir wenigstens am Schlusse des Jahres 1908 sagen können, alle unsere Kollegen sind Mitglieder im christlichen Holzarbeiterverband.

Kaiserslautern. Unsere Versammlung am 14. März, die von nahezu sämtlichen ortsanwesenden Kollegen unseres Verbandes besucht war, nahm einen guten Verlauf. Kollege Becker erstattete den Konferenzbericht, der mit großem Interesse entgegengenommen wurde. Als 2. Punkt stand die Wahl eines 1. Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Die Wahl fand ihre Erledigung darin, daß Kollege Becker in Zukunft den Vorsitz in der Jahrestelle führt. Dem Kartellbericht ist zu entnehmen, daß der neue Kartellauschuss alles daran setzen wird, das gewerkschaftliche Leben in unserer Stadt wieder mehr in Fluß zu bringen. Es ist ja bekannt, daß die Verhältnisse in Kaiserslautern trotz aller Anstrengungen, und daß doch in erster Linie wieder die Arbeiter selbst die Schuld tragen, indem sie der Organisation entweder den Rücken kehren oder aus ihrem Indifferenzismus nicht herauszubringen sind. Wir als christlich-organisierte Arbeiter wollen unser ordentliches Teil dazu beitragen, wenn es gilt, die Arbeiterschaft wirtschaftlich und geistig zu heben. Arbeiten wir in dem Sinne unermüdllich weiter, dann muß das Jahr 1908 für unsern Verband ein gutes sein, und nicht zuletzt für uns selber. — Kollegen! Wollt ihr eure Pflicht erfüllen dann stellt euch in den Dienst der Agitation und befolget treu den Kartellbeschluss. Auf zur Tat!

Trier. Am 15. März fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Erving aus Frankfurt über die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter und den Wert der Organisation referierte. Endlich scheinen es unsere Kollegen hier auch einzusehen, daß es ohne Gewerkschaft nicht mehr gehen kann. Im Gegensatz zu früheren Versammlungen war diese überaus gut besucht; an 80 Kollegen waren erschienen. Wahrscheinlich an der Zeit ist es aber auch, daß es endlich einmal vorwärtsgeht. Die hiesigen Schreinermeister haben sich vor einigen Wochen zusammengeschlossen, um die Preise in die Höhe zu treiben. Für eine Arbeitsstunde des Gesellen wollen sie 65—70 Pfg. verlangen. Wir haben gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn irgend ein Stand seine wirtschaftliche Lage verbessern will, aber auch wir Arbeiter wollen eine Existenz fristen können, die den Zeitverhältnissen entspricht; wollen dafür sorgen, daß wir uns und unsere Familien anständig ernähren können. Unsern Arbeitgebern fiel es nicht ein, auch unsere Löhne den teuren Verhältnissen entsprechend zu erhöhen; sie sorgen für sich und lassen uns, weil unsere Kollegen es wollen, „in gemüthlichen Trierer Tempo“ wie bisher bei den unzulänglichen Lohnverhältnissen weitertrudeln. Jetzt muß es jeder Kollege einsehen, daß nur durch eigene Kraft eine Aenderung geschaffen werden kann. Jetzt gilt es, die Organisation auszubauen, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Trierer Holzarbeiter dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter angehört. Dann wird es uns möglich sein, auch in Trier bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Mit Recht führte Kollege Erving an, daß früher schon eine schöne Jahrestelle hier bestand. Wären die Kollegen treu geblieben, dann hätten wir bereits bessere Verhältnisse. Es ist nicht möglich, alle Mißstände im Handumdrehen zu beseitigen, wie einzelne zu glauben scheinen, und erst dann wird die Organisation ihre volle Tätigkeit entfalten können, wenn alle oder doch der größte Teil der Kollegen derselben angehört. Ist auch in der letzten Zeit eine ziemliche Anzahl neuer Mitglieder aufgenommen worden — auch die Versammlung brachte uns 12 —, so heißt es doch noch vor allen Dingen, die Indifferenten zu unserer Fahne zu führen. Je geschlossener unsere Organisation dasteht, desto leichter wird unsere Lohnbewegung zu einem guten Ende geführt werden können, darum tue jeder seine Pflicht, und der Sieg wird unser.

Dülken. Zum Zwecke der möglichst genauen Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben wir in diesem Winter eine Statistik aufgenommen, welche uns zahlenmäßig beweisen sollte, wie weit wir hier noch gegen andere Orte zurückstehen müssen. Am 15. Februar fand aus diesem Grunde eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Stedem aus Düsseldorf über die Ergebnisse der Statistik und über die allgemeine Lage referierte. Die Arbeitszeit beträgt in den kleineren Werkstätten noch fast überall 11 Stunden, in einigen anderen 10 1/2 und nur in drei Werkstätten ist eine 10stündige Arbeitszeit vorhanden. Der Durchschnittslohn beträgt für verheiratete Kollegen 38 1/2 Pfg., und schwanken die Lohnsätze zwischen 30 und 45 Pfg. Letzteren Lohn erhalten jedoch nur zwei Kollegen. Die Lohnsätze der ledigen Kollegen bewegen sich zwischen 15 und 22 Pfg., und ist hier der Durchschnittslohn nur 32 Pfg. pro Stunde. Zuschläge für Ueberarbeiten

werden mit einer einzigen Ausnahme nirgendwo bezahlt. Ebenso traurig sieht es mit den bei Montagearbeiten gezahlten Zuschlägen aus; ja manche Meister versuchen, ohne jeglichen Zuschlag auszulommen und verlangen dann auch, daß ein- bis zweistündige Wege zur Arbeitsstelle vor und nach der normalen Arbeitszeit zurückgelegt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unsere Kollegen in dem nahebei gelegenen Biersen eine vertraglich festgelegte wöchentliche Arbeitszeit von 58 Stunden haben, mit einem Mindestlohn von 42 Pfg. pro Stunde und annehmbaren Zuschlägen für Ueber- und Montagearbeit. Solange jedoch noch ein großer Teil der Kollegen der Organisation völlig interessenlos gegenübersteht, sei an eine allgemeine Besserung der Verhältnisse nicht zu denken. Die organisierten Kollegen müßten von neuem wieder eifrig in die Agitation eintreten, um die noch zurückstehenden zu gewinnen. Heute wo im Holzgewerbe für Laufende von Holzarbeitern neue Vertragsverhältnisse geschlossen werden sollten, sei es doppelt nötig. Vielleicht die nächsten Wochen könnten uns große Kämpfe im Gewerbe bringen, dann dürften die Dülkener Kollegen nicht zurückstehen. In der darauffolgenden Diskussion wurden noch verschiedene Mißstände gerügt und Einzelheiten vorgebracht, dabei auf die Scheu hingewiesen, die mancher jüngere Geselle vor der Fremde habe. Hier müsse es besser werden. Kollege Busch von Biersen wies auf das Beispiel der Biersener Kollegen hin und versprach, bei der einzuleitenden Hausagitation für tatkräftige Mithilfe zu sorgen. Einige Kollegen ließen sich aufnehmen. Neue Anregung und neuen Mut hat die Versammlung gegeben, weitere Fortschritte werden nicht ausbleiben.

Sterbefaßel.

Oskar Stotack, Schreiner, gestorben zu Rattowig. Ruhe in Frieden.

Gewerkschaftliches.

Abonnement auf Streifbrotarbeit. Der fridige Berliner Maurermeister Senke, der als neuerzeitiger Erwerb die Vermittlung von Arbeitswilligen besorgt, hat zur Freude aller Arbeitgeber, die viel mit freitenden Arbeitern zu tun haben, eine Neuerung in seinem „Geschäftsbetriebe“ eingeführt. Fortan kann sich jeder Arbeitgeber des Baugewerbes durch eine jährlich zu zahlende Summe an die Zuweisung von Streifbrochern abonnieren. Der geschäftsgewandte Herr Senke versteht an seine Kundschaft folgendes Schreiben:

Bureau für Beschaffung von Arbeitswilligen aller Gewerkschaften Deutschlands. Berlin NW 21, Embenerstraße 35. Telegr.-Nr.: „Bird besorgt“, Berlin. Arbeitsnachweis: Otto Senke, Maurermeister. Zweigbureau: Riederstraße 17 im Riefengebirge, Zeitz in Sachsen, Hagenu im Elsaß, Därowo in Posen.

Sehr geehrter Kollege!

Durch die heutige Lage und das Vorgehen der organisierten Arbeiterschaft betreffs Streiks und Ausperrungen bin ich in der Lage, Ihnen nichtorganisierte Arbeiter nach Ausfrag in drei Tagen jede gewünschte Zahl zu schicken.

Mein Bestreben ist es, in kürzester Zeit die Organisation zu unterdrücken und Ihnen ruhige und tüchtige Leute zu besorgen und zwar zu Ihren Bedingungen.

Sollten Sie Berliner Leute wünschen, so empfehle ich Ihnen Affordnauer, Zimmerer, Puffer und Arbeiter. Sie sparen Krankengeld und Invaliditätsbeiträge; auch wird der Bau in kürzester Zeit gefördert.

Das Preisverzeichnis für Affordarbeiten liegt bei. Fassadenputz wird nach Maßgabe der auszuführenden Fassaden berechnet, und sparen Sie schon Geld, wenn Sie die Arbeiten von direkten Fassadenputzern (Spezialisten) ausführen lassen.

Ich beantrage für meine Tätigkeit pro Mann 5 Mk. und freie Reise.

Bei Abonnement pro Jahr 30 Mk., welcher Betrag von 15 Mk. sofort und 15 Mk. am 1. Juli jeden Jahres zu zahlen ist, erhalten Sie jede gewünschte Zahl Leute ohne jegliche Nachzahlung, jedoch müssen Sie das Fahrgeld vorher einschicken, welches später vom Lohn abgezogen werden kann.

Sie sparen viel Geld, z. B. es würde ein Streik oder eine Ausperrung stattfinden, so entstehen Ihnen doch bedeutende Unkosten. Diesen Nebeln kann dadurch abgeholfen werden, indem Sie in obiges Abonnement einwilligen. Ein besseres Entgegenkommen dürfte Ihnen zu Ihren Gunsten vielleicht nicht geboten werden, und mir würde dadurch die Art des Betriebes erleichtert werden.

Nach Einzahlung des Betrages von 15 Mk. sind Sie berechtigt, soviel Leute zu fordern, als Sie für Ihren Betrieb gebrauchen; ich bin bemüht, alle an mich gestellten Anforderungen mit größter Pünktlichkeit zu Ihrem Wohlwollen zu fördern und mit bestem Einvernehmen gegenständig unsere Arbeit in Sicherheit zur Ausführung gelangen zu lassen.

Bei Gebrauch bitte ich, die nächsten Zweigbureaus in Anspruch zu nehmen. Nach Einzahlung des Betrages erhalten Sie Bescheinigung.

Zahlungsort ist „Berlin“. Auch muß für späteres Nachlogis gesorgt werden. Sollten in einem Orte mehrere Kolonnen Maurer, Puffer usw. gebraucht werden, so bitte mit jeglichem mitzuteilen, um die rechtzeitige Einweisung der Kolonnenführer vorzunehmen zu können. Sämtliche Leute bringe ich selber dorthin. Sollten Sie geneigt sein, meine Bureaus in Anspruch zu nehmen, so bitte um gültige Aufträge.

Bei Auftragserteilung bitte um Borschußeinzahlung und Fahrgeld der Leute, welches später vom Lohn, wie oben erwähnt, abgezogen wird.

Anbei Empfehlungsschreiben und Affordvertrag. Mit kollegialen Gruß usw.

Wird das ein Gemüße sein, was der Herr Senke seinen „sehr geehrten Kollegen“ im Bedarfsfalle zuschicken in der Lage ist! Ueber diese braven Arbeitswilligen wird gewiß wenig Freude in Frankfurt sein. Das ist aber auch Nebenjahe.

Hauptsache ist, daß Herr Senke für das „Streifbrot-Abonnement“ 30 Silberlinge einheimen kann.

Wie der christliche Holzarbeiterverband zu Tarifverträgen kommt, darüber bringt die „Holzarbeiter-Zeitung“ eine Zuschrift aus Mannheim, deren Einsender mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße lebt. Das Letztere mag zum guten Teile daher rühren, daß man es in seiner Organisation ziemlich allgemein so hält. Die christlichen Holzarbeiter haben es auch in Mannheim nicht notwendig, dem sozialdemokratischen Verbande nachzulaufen. Der Berichterstatter der „Holzarbeiter-Zeitung“ scheint es deshalb unangenehm nachzufühlen, daß die Christlichen stark genug sind, auch ohne den sozialdem. Verband Tarifverträge abzuschließen zu können. Sie schmücken sich nicht mit fremden Federn, wie man es im Lager des Berichterstatters zu tun pflegt. Fällt es doch eigentümlich auf, daß die Streifstatistik des sozialdem. Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1906 an manchen Orten mehr streikende Mitglieder auführt, als solche überhaupt am Jahreschlusse 1906 vorhanden waren. So werden gemeldet von Joppol 34 Streikende und 32 Mitglieder, Barnemünde 24 (19), Wolgast 60 (49), Haynau 62 (49), Reiffe 54 (54), Berlinchen 92 (5), Frankfurt a. D. 358 (300), Fürstenberg a. D. 99 (76), Neuzelle 22 (10), Geringwalbe 727 (552), Leisnig 96 (93), Waldheim 431 (353), Wurzbach 30 (6), Braunschweig 860 (864), Nordenham 63 (42), Wilhelmshafen 300 (254), Bodenem 9 (0), Exten 10 (6), Frechenheim 72 (67), Pöschl 404 (319), Kreuznach 34 (19), Marburg 62 (47), Girschaid 32 (0), Deggendorf 5 (3), Gebweiler 40 (28). In Berlin haben nach der Statistik im Jahre 1906 nicht weniger wie 5106 Mitglieder im Streik gestanden, also zu einer Zeit, wo ein Tarifvertrag für das Schreinergerwerbe noch in Kraft war. In Schönheide streikten von 1299 Mitgliedern nur 1237, in Hamburg 1043, Hannover 1144, Eilen 248, Köln 103, Frankfurt a. M. 200, Mannheim 467, Fürth 264, Nürnberg 1333, München 303, Karlsruhe 302, Stuttgart 1694. Jedenfalls kann die Tarifstatistik des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter einen Vergleich in Bezug auf die Richtigkeit der Angaben mit der Streifstatistik des sozialdem. Verbandes übertragen. Die christlichen Holzarbeiter haben auch gar nicht das Gefühl, als ob der sozialdem. Verband in der Lage sei, alles allein für die Kollegenschaft erreichen zu können. Dafür sind denn doch manche Kameraden „viel zu windig“. Denke man an die über 1000 Verbandsstreifbrotarbeiter bei der vorigjährigen Berliner Bewegung, sowie daran, daß nach der sozialdem. Statistik für das Jahr 1906 neben 30 788 streikenden Mitgliedern, 6479 Streifbrotarbeiter vorhanden waren, die wohl in der Mehrheit ihre gewerkschaftliche Erziehung im sozialdem. Holzarbeiterverbande genossen haben.

Kartell der christl. Gewerkschaften zu Essen. Das Sekretariat des Kartells der christlichen Gewerkschaften zu Essen, veröffentlicht den Tätigkeitsbericht des Kartells, aus dem hervorgeht, daß im Jahre 1907 manche Arbeit zu erledigen und zu unterstützen war.

Auf dem Gebiete der Kleinagitation wurden seitens des Sekretariats die verschiedenen Berufe unterstützt, neugegründet wurde die Jahrestelle der Heimarbeiterinnen, die heute an 70 Mitglieder zählt; erfolgreich war die Tätigkeit des Sekretariats auf dem Gebiete der sozialen Wahlen. Zunächst wurden zu Anfang des Jahres 1907 die Gewerbegerichtswahlen im Landkreise Gattungen, Königsseele usw. unterstützt, des ferneren die Gewerbegerichtswahlen im Landkreis Essen. In allen Bezirken wurden, mit Ausnahme eines Kandidaten in Kettwig, sämtliche Kandidaten der christl. Arbeiter gewählt. Die christlichen Arbeiter brachten bei diesen Wahlen 981, die Sozialdemokraten nur 367 Stimmen auf.

Erwähnt sei noch die Tätigkeit des Sekretariats betreffs tatkräftiger Förderung der Konsumvereinsbewegung der Arbeiter, systematischer Vertrieb gewerkschaftlicher Literatur usw. Betrieben wurden insgesamt für 2000 Mk. Schriften. Ferner fand Erteilung von Rechtsschutz, Berichterstattung an die Tagespresse usw. statt.

Wie eine in der Generalversammlung des Kartells den Delegierten ausgehändigte Statistik über Mitgliederbewegung und finanzielle Leistung der angeschlossenen Organisationen zeigt, sind die christlichen Gewerkschaften auch im Berichtsjahre ein gutes Stück weitergekommen.

Nach der Statistik waren einschließl. Vorbed im ganzen 84 Jahrestellen bzw. Sektionen dem Kartell angeschlossen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1907 die ansehnliche Zahl von 15 505. Dieselbe stieg im Durchschnitt des Jahres auf 16 420 und ging infolge Abreise vieler Metallarbeiter durch den Rückgang der Konjunktur sowie durch regelmäßigen Abgang der Bauhandwerker im Winter wieder zurück auf 16 147 am 1. Januar 1908. Es ist somit trotz Rückganges der Konjunktur in der zweiten Hälfte des Jahres noch ein Zuwachs von 642 Mitgliedern zu verzeichnen.

Ebenso wie die äußere Entwicklung zeigt die Entwicklung der finanziellen Leistungsfähigkeit die innere Kräftigung der christl. Arbeiterbewegung. Während im Jahre 1905 die Gesamtjahressummen der Jahrestellen im Stadt- und Landkreis sich auf 180 000 Mk. beliefen, stiegen dieselben auf 253 000 Mk. im Jahre 1906 und erreichten laut Statistik die ansehnliche Höhe von 323 696 Mk. im Jahre 1907. In den Lokalkassen der angeschlossenen Organisationen befindet sich ein Kassenbestand von 23 299 Mk. Diese Summen zeigen, daß die christliche Arbeiterbewegung im Kreise Essen zu einem Faktor angewachsen ist, mit dem gerechnet werden muß. Einer Arbeiterschaft, die imstande ist, zur Vertretung ihrer Interessen, insbesondere zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage solche Summen aufzubringen, wird man, ob Freund oder Gegner, die Anerkennung nicht verweigern können. Die Einnahmen des Kartells sekretariats beliefen sich auf 10 273 17 Mk., denen eine Ausgabe von 9035 18 Mk. gegenüberstand, so daß ein Barbe-

stand von 1237,99 M. am 1. Januar 1908 zu verzeichnen war.

Alle die Tausende der Arbeiterbewegung noch fernstehenden christlichen Arbeiter in der Metallindustrie, im Bergbau usw. werden hoffentlich durch diese Erfolge bald einsehen, daß sie sich am eigenen Stand veründigen, wenn sie nicht in die Reihen der opferfreudigen Kämpfer eintreten.

Soziale Rundschau.

Über die Leistungen verkürzter Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben macht der eben erschienene Jahresbericht der Groß. H. H. Gewerbeinspektion für das Jahr 1907 wieder einige allgemein interessierende Mitteilungen. Der Bericht stellt zunächst fest, daß das Bestreben der Arbeiter, die Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen herabzusetzen, auch im Berichtsjahr allenthalben zu beobachten gewesen sei. Der Rechnungskontag ist heute wohl die Regel, doch geht in vielen Fällen die Arbeitszeit auch darüber, so hatten z. B. im Aufsichtsbereich Worms 4675 Arbeiter der dort ansässigen Lederindustrie, d. i. ein Drittel der dortigen gesamten Arbeiterschaft, den 8 1/2 stündigen Arbeitstag. Die regelmäßige Arbeitszeit erstreckt sich von 7 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, wobei am Vormittage eine 1/4 stündige und mittags eine einstündige Pause stattfindet, während die Nachmittagspause auch für jugendliche Arbeiter fortfällt. Ueber ihre Erfahrungen mit dieser Arbeitszeit teilt eine Firma mit, daß sie beobachtet habe, daß eine bessere Ausnutzung der Maschinenkraft, der Tageshelle und der Arbeitszeit selbst erzielt werde, ganz abgesehen davon, daß den Arbeitern schon von 5 Uhr ab Gelegenheit geboten sei, mit ihrer Familie zu leben und zu wirken. Durch die Erhöhung der Stundenlöhne verdienen die Arbeiter mindestens dasselbe wie früher, in den meisten Fällen sogar noch mehr. Durch pünktlichen Anfang und Schluß der Arbeitszeit werde bei der Stücklohnarbeit gleiches wie früher geleistet und verdient. Auch bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit im Lagerhausbetrieb wurde beobachtet, daß die Jahresverdienste der Arbeiter und die Gesamtleistungen die gleichen geblieben seien. Wieweit das Bortritt, als ob eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit auch einen Rückgang der Leistungen bedinge, im Schwinden begriffen ist, dürfte aus der Mitteilung des Berichtes hervorgehen, daß man sich auch auf dem Lande der Einsicht nicht mehr verschließen kann, „daß in der Herabsetzung der Arbeitszeit ein kultureller Fortschritt liegt!“

Zur Reform der Arbeiterversicherung nahm eine vom Rat der christlichen Gewerkschaften zu Köln einberufene Versammlung Stellung. Nach einem Vortrage des Volkskammerabgeordneten Dief (M. Glöckner) und einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige, im großen Saale des katholischen Schellenhauses zu Köln tagende, zahlreich besuchte Versammlung christlicher Arbeiter stimmt den Ausführungen des Referenten bei die Reform der Arbeiterversicherung zu und erklärt demgemäß:

1. Die Krankenversicherungspflicht ist auf alle Personen auszudehnen, die der Invalidenversicherung zwangsweise unterstellt sind, vor allem aber auf die Dienstboten, die Arbeiter und Angestellten in Privatdiensten, die Heimarbeiter sowie die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.
2. Zur Vereinfachung der Kassensverwaltung und zur Erhöhung der Beitragssparfähigkeit der Klassen ist eine Zentralisation zu schaffen. Dasselbe kann in der Weise erfolgen, daß für einen Bezirk etwa von der Größe einer preussischen unteren Verwaltungsbehörde nur eine Krankenkasse besteht, je nach Bedürfnis mit mehreren Zahlstellen. Insbesondere müssen die Gemeindekrankenversicherung, die Betriebs- und Innungskrankentassen in die Zentralisation einbezogen werden.
3. Die Verwaltung der Zentralkrankenkassen muß als öffentliches Aufsichtungsorgan

für die übrigen Versicherungszweige ins Auge gefaßt werden; 4. die bisherige bewährte Verwaltungsorganisation der Krankenversicherung muß beibehalten werden; 5. eine Neugestaltung ist erforderlich bei dem Streitverfahren in der Krankenversicherung, da die Aufsichtsbehörden im allgemeinen sich als richterliche Instanz nicht bewährt haben und die Prozeßführung bei den ordentlichen Gerichten dem Grundgedanken der Sozialgesetzgebung nicht entspricht. Es sind daher bei den Zentralkrankenkassen paritätische Schlichtungskommissionen einzusetzen, gegen deren Entscheidungen die Berufung beim Schiedsgericht und die Revision beim Reichsversicherungsamt zulässig sind.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird beantragt: 1. Mitbeteiligung von Arbeitervertretern bei der Entschädigungsfeststellung; 2. Uebertragung der örtlichen Geschäfte der Unfallversicherung auf die Zentralkrankenkasse; 3. Erweiterung der Familienunterstützung bei Krankenhaushandlung; 4. gesetzliche Beschränkung des Rechtes hinsichtlich der Herabsetzung und Entziehung rechtskräftig festgestellter Unfallrenten. Die Versammlung protestiert gegen das seit einigen Jahren bestehende System: die Unfallentschädigungen möglichst niedrig zu halten und zu Bedürftigkeitsunterstützungen herabzubringen, sowie bei nicht sehr erheblichen Körperdefekten (z. B. Fingerverlusten), eine wesentliche Erwerbsbeschränkung zu verneinen und jede Entschädigung abzulehnen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß bei minder schweren Unfällen in der Regel die Entschädigung durch Auszahlung eines Kapitalbetrages geleistet werden soll.

Hinsichtlich der Invalidenversicherung erhebt die Versammlung Einspruch gegen die von der Reichsregierung veranlaßte strenge Auslegung des Begriffs: „Erwerbsunfähigkeit“ und verlangt wohlwollende Prüfung sowie billige Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Versicherten, wenn dies auch eine Beitragserhöhung zur Folge haben sollte. Die Versammlung verlangt bei einer Reform des Invalidenversicherungsgesetzes, daß: 1. die örtlichen Geschäfte der Zentralkrankenkasse übertragen werden; 2. die Einführung von Zuschürenten bei völliger Arbeitsunfähigkeit, sowie für den Fall, daß Angehörige zu unterstützen sind, ins Auge gefaßt wird; 3. eine Zuschußversicherung mit Sparkasseneigenschaft eingeführt wird.

Bezüglich der Vertreterwahlen fordert die Versammlung die Einführung der Verhältniswahl für die gesamte Arbeiterversicherung und fernerhin eine Vereinfachung des Wahlverfahrens bei den einzelnen Körperschaften.

Ein „fortschrittliches“ Gemeindefolkium. In Dinkelsbühl in Mittelfranken beschloßen die Gemeindevertreter einstimmig, den Magistrat zu ersuchen, eine Herabsetzung der ortsüblichen Tagelöhne anzubahnen. Diese betragen 2,70 M. für Arbeiter über 16 Jahre und 1,40 für Arbeiter unter 16 Jahre. Die Gemeindevertreter begründeten ihren Antrag mit dem Vortragen, daß diese Sätze höher seien, als die tatsächlich gezahlten Löhne, was ein geradezu betrübendes Bild auf die Arbeitsverhältnisse in Dinkelsbühl wirft. Die Arbeiterschaft hat auch bereits in einer Versammlung gegen das eigenartige soziale Verhältnis der Dinkelsbühler Stadtväter protestiert. Hoffentlich ist die Kreisregierung mit mehr sozialpolitischem Del, als die Dinkelsbühler Stadtväter gefaßt, so daß sie einen eventuellen Beschluß nicht sanktioniert. Recht unverständlich wird der Beschluß der Dinkelsbühler „Sozialpolitiker“, wenn man berücksichtigt, daß erst am 22. März 1906 eine Entschließung des kgl. Staatsministeriums des Innern bekannt gegeben wurde, worin darauf hingewiesen wurde, daß im Hinblick auf die allgemeine Lohnsteigerung eine Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne angebracht erscheine. Angesichts der Einwirkung der ortsüblichen Tagelöhne auf die Invaliden- und Krankenversicherung hat der Abg. Walterbach im bayerischen Landtage beantragt, die kgl. Staatsregierung möge auf eine Abänderung des § 8 des Kranken-Versicherungsgesetzes hinwirken, daß eine den wirklichen Löhnen und den Lebensbedürfnissen entsprechende Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne erfolgen könne. Sonst alledem scheint in Dinkelsbühl nichts bekannt zu sein, sonst hätte nicht ein solches Stücklein geliefert werden können.

Krankentassenwahl in Bohwinkel. Bei der aus Anlaß der Zusammenlegung aller Krankentassen zu einer Ortskassen gewählten Vertreterwahl siegte die Liste der Sozialen Kommunisten christlich-nat. Vereine glänzend. Sie erhielt 402 Stimmen, die soziald. Liste nur 260.

Literarisches.

Gewerkschaftliches und soziales Nachschlagebuch für den Industriebezirk Aachen. Im Verlage des Bezirks-Kartells der christlichen Gewerkschaften zu Aachen ist ein „Gewerkschaftliches und soziales Nachschlagebuch“ erschienen, welches in erster Linie der Arbeiterschaft des Aachener Industriebezirk gewidmet ist. Jedoch ist der Inhalt dieses Werkes so gehalten, daß es auch für die gesamte christliche Arbeiterschaft lesenswert ist. Das Handbuch ist 104 Seiten stark und broschiert. Es enthält in seinem ersten Teil einen Bericht des Bezirks-Kartells, Berichte über die Entwicklung der christlichen Berufsverbände im Industriebezirk Aachen, ein soziales Adressverzeichnis und Allgemeines. Im zweiten Teile die wichtigsten Bestimmungen: 1. der Krankenversicherung, 2. der Alters- und Invalidenversicherung, 3. der Unfallversicherung, 4. des Gewerbevertragsgesetzes. Ferner einen Artikel über den Aufbau der Arbeitervertretung in der sozialen Gesetzgebung und über Konsumvereine.

Das Handbuch wird an die Mitglieder derjenigen Zahlstellen und Ortsgruppen welche dem Bezirks-Kartell angeschlossen sind zum Preise von 15 Pfg pro Stück abgegeben. Für alle übrigen christlichen Arbeiter kostet das Exemplar 25 Pfg. Porto extra. Bestellungen sind zu richten an Oswald Weber, Gewerkschaftssekretär, Aachen, Poststraße 56.

Einflügelige Haustüren im neuen Stil. Herausgegeben von Richard Müller.

Eine hübsche Haustüre ziert das Haus. Diesem Grundsatz huldigend wurde soeben im Verlag von Otto Raier Ravensburg, eine Sammlung einflügeliger Haustüren herausgegeben, die unbedingt Anspruch auf größte Gebiegenheit und Bornehmtheit machen können. Die 24 kolorierten Tafeln bieten dem Bauherrn ein vorzügliches Material in der Werkstat. Er ist auch damit in der Lage, wirklich mustergetreue und schöne Entwürfe den Kunden zur Vorlage bringen zu können. Es ist nichts Ueberlabenes und nichts Verschönerliches dargestellt, sondern gerade durch die einfachen Formen außerordentlich schöne Vorlagen geboten, die dem Bauherrn in der Praxis vorzüglich Dienste leisten werden. Der Preis der Sammlung beträgt 10 M.

Briefkasten.

Franz Komarek, Parkettschreiner, geboren am 21. Sept. 1865 in Mühlhausen (Oesterreich), letzten Sommer in Dortmund beschäftigt, wird ersucht, seine Adresse mitzuteilen. Kollegen, die den Aufenthalt des Betreffenden wissen, werden ersucht, dies der Zentralleitung anzugeben.

Der Kollege Paul Kastall, Schreiner, Mitglied unseres Verbandes seit 1. Januar 1908. Aufgenommen in Hagen i. W., zuletzt beschäftigt in Lüdenscheid i. W., wird ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Kollegen, welche über den Aufenthalt des obengenannten Kollegen Auskunft geben können, werden gebeten, im Interesse unseres Verbandes dieses zu tun.

Willy. Widmeyer. Hagen i. W., Eickertstraße 7.

Hinweis.

Selten dürften technische Unterrichtswerke sich so überaus lehrreich erwiesen haben, wie die in dem Verlage von Bonnet & Hachfeld in Potsdam erschienenen „Unterrichtsbücher für das Selbststudium technischer Wissenschaften, System Karnad-Hachfeld“. Verdanken diesen Werken doch viele Tausende strebsamer junger Männer ihre einträgliche Lebensstellung, ihr Lebensglück. Wissenschaftliche Gründlichkeit und eine vorzügliche, den Unterricht technisch Lehrenten bis ins kleinste nachahmende, bei jedem mann verständliche Methode haben den Erfolg der Werke begründet und der Verlagsfirma den Dank der Schüler eingetragen. Durch das Studium der Unterrichtswerke wird der Besuch technischer Lehranstalten ersetzt, werden Schüler gründlich und sicher auf Fachprüfungen jeder Art vorbereitet und den Eltern die hohen Kosten des Fachschulbesuchs erspart. Ein Prospekt der Unterrichtswerke liegt dieser Nummer bei.

Tüchtiger Beizer und Polierer
(verheiratet) sucht Stellung. Offerten unter J. S. 42 an die Expedition des „Deutschen Holzarbeiter“ erbeten.

Ein älterer tüchtiger Tapezierer
sofort gesucht.
Zahlstraße Heidelberg.

Detmold. Grösste Tischler-Fachschule
Programm frei. Dir. Reincking.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formelehre f. Tischler à Mk. 1.55.
Die Stillehre I. J. f. Tischler à Mk. 1.55.
Zu beziehen von
Direktor Reincking, Detmold.

Genossenschaftl. Bürstentabrik
Ramburg (Hess.).
Billegste und vorzüglichste Bezugsquelle für alle Sorten Bürstenwaren
für den Haushalt und industrielle Betriebe.
Zustellungen nach eingehenden Aufträgen prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gratis zu Diensten.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor G. STREICH
Werkmeister, Techniker, Zeichner.
Anerkannt vorzügliche, einzig bestehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
Hr. Direktor, Lösnigerstrasse Nr. 15.

Eingelegte Fourniere
für Kästchen, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs schreiben.
Eustach. Biller, Marqueter, Heilbronn, Theaterstrasse 7.

Die modernen Holzbeizverfahren.
Zeitschriften für die Praxis, gegen 1,10 M. (in Briefmarken) zu beziehen von
Gewerbeverlag H. H. H. H., Hagen i. W.

für Schreiner!
Modernes Möbelwerk, ca. 60 Zimmer mit 300 Zeichnungen, 1-10 farblich, wegen Umzug für M. 3. Ladenpreis M. 15.
H. Ross, Architekt, Düsseldorf, Heinestraße 22.

Konferenz mittelrheinischer Zahlstellen
Am Sonntag den 5. April, nachmittags 2 Uhr findet in Honsel a. Rh., im Lokale des Wingervereins, Hauptstraße, eine
Konferenz
sämtlicher mittelrheinischer Zahlstellen
der christlichen Gewerkschaften mit folgender Tagesordnung statt.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung der Delegierten der einzelnen Zahlstellen.
2. Referat über die „christliche Arbeiterbewegung und die soziale Lage“.
3. Allgemeine Aussprache.
Die Zahlstellen haben mindestens einen Delegierten, können jedoch mehrere Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute entsenden. Die Delegiertenkosten tragen die einzelnen Zahlstellen selber. Sollten Zahlstellen nicht in der Lage sein, einen Delegierten auf eigene Kosten entsenden zu können, so haben Selbige sich umgehend an den Vorsitzenden des Bonner Gewerkschaftskartells Kollegen St. Wellmann Bonn, Brüdergasse 15 zu wenden. Im Anschluß an diese Konferenz findet im selben Lokale, abends 6 Uhr eine öffentliche Arbeiterversammlung statt. Um zahlreiche Beteiligung der Konferenz bitten.
Das Bonner Gewerkschaftskartell